Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kioskenerhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 25. September 1930 — Nummer 224

Neue Diktaturverordnung! Nieder mit den Volksausplünderern!

Reichskabinett beschließt Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6,5 Prozent — Weiter geplant: Umsatzsteuererhöhung und Kürzung der unteren Beamtengehälter

Berlin, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Die bürgerliche Presse meldet, daß das Reichskabinett auf Verlangen des Reichsarbeitsministers Stegerwald beschlossen hat, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozent, also von 4½ auf 6½ Prozent zu erhöhen. Dieser Beschluß wurde vom Kabinett auf Grund der Notverordnung des Artikels 48 gefaßt.

Durch diese Erhöhung der Beiträge sollen 200 Millionen Mark zur Deckung des Mehrbedarfs in der Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden. Trotz dieses ungeheuren neuen Lohnraubs gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden — bei einer angenommenen Durchschnittsziffer von 2½ Millionen Arbeitslosen — noch weitere 300 Millionen Mark für die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung fehlen. Die Politik der Brüning-Regierung zeigt sich immer schlimmer als Katastrophenpolitik: Skrupellose Ausbeutung zur Erfüllung des Youngplanes, ausweglose Mißwirtschaft im Zeichen der wirtschaftlichen und politischen kapitalistischen Krise.

Vor weiteren Anschlägen

Berlin, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Programm der Regierung Brüning sieht außer der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge noch weitere Angriffe auf die Werktätigen vor. So ist die Beseitigung der Lohnsteuerrückerstattung vorgesehen und die Erhöhung der Umsatzsteuer geplant, außerdem sollen Kürzungen der Beamtengehälter erfolgen. Dies ist der Auftakt zu gesetzgeberischen Maßnahmen für die Senkung der Löhne im allgemeinen. Ueber die im Prinzip schon festgelegte Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenhilfe, die sich nicht nur auf die Erwerbslosenunterstützung beschränken soll, sondern auch die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden treffen wird, liegen genaue Angaben noch nicht vor.

Revolutionäre Einheit — eure siegreiche Waffe

Dresden, den 25. September.

Noch hat die Bourgeoisie keine Entscheidung gefällt, mit welcher Partei, ob mit derjenigen Hitlers oder Severings, sie ihr unverschämtes Raubprogramm in der Koalition durchführen will. Vor einer Einbeziehung der Hitler-Partei in die Regierung befürchtet sie den Zusammenbruch der faschistischen Massenbasis und eine sprunghafte Verstärkung der kommunistischen Kampffront. Die Kölnische Zeitung, eines der klügsten Blätter der deutschen Bourgeoisie, schreibt darüber:

„Es ist kein Geheimnis, daß viele sich einen Rückgang der radikalen Welle nur von ihrem Zerschellen an politischer Verantwortung versprechen. Sie empfehlen deshalb die sogenannte Abnutzungstheorie, d. h. den praktischen Beweis, daß der Nationalsozialismus unfähig ist, in diesem Augenblick eine erfolgreichere Politik zu treiben als die letzten von ihm verurteilten Regierungen. Es ist ... kaum zweifelhaft, daß dieser Nachweis gelingen dürfte, und sicherlich wird er die 6 Millionen nationalsozialistischen Wähler sehr erheblich ernüchtern. Aber: Können wir uns ein derartiges Experiment jetzt leisten? Die Zeit ist zu ernst für Experimente, und niemand könnte es verantworten, daß Erbitterung und Elend das deutsche Volk auf die Barrikaden treiben."

Aus diesen Zeilen spricht die blasse Furcht vor der Entlarvung der faschistischen Volksbetrüger und vor dem revolutionären Ansturm der Massen unter kommunistischer Führung.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt der Fortbestand des Brüning-Kabinetts unter stiller Duldung der SPD-

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

Sächsische Landtagsfraktion der KPD fordert

Einstellung der Youngzahlungen!

Die faschistischen Volksbetrüger sollen Farbe bekennen / Wir fordern weiter Arbeitsbeschaffung, Streichung der hohen Pensionen

Dresden, den 25. September.

Die Kommunistische Fraktion hat gestern dem Sächsischen Landtag folgenden Antrag zugeleitet:

Der Landtag wolle beschließen: die Reichsregierung aufzufordern, sofort alle Zahlungen für den Youngplan einzustellen. Renner und die übrigen Mitglieder der Kommunistischen Landtagsfraktion.

Der von unserer Fraktion eingebrachte Antrag dient der Unterstützung des Antrages unserer Reichstagsfraktion, die ebenfalls die Einstellung der Youngzahlungen fordert. Wir sind uns klar darüber, daß keine bürgerliche deutsche Regierung, weder mit einem Hitler, noch mit einem Severing als Minister die Versailler Verträge annulieren wird. Aber gerade die rechten Parteien waren es, die ihren Wahlkampf mit ihren Phrasen über „Youngsklaverei" bestritten.

Im Sächsischen Landtag würde der kommunistische Antrag eine Mehrheit finden, wenn Nationalsozialisten, Deutschnationale und Wirtschaftspartei, also die angeblichen „Kämpfer gegen den Youngplan" sich für den kommunistischen Antrag erklärten.

Noch gestern schreibt der „Freiheitskampf", das sächsische Nazi-Organ:

„Die Tributpolitik bedeutet Wirtschaftstod, Massenverelendung und damit verminderte Steuereinnahmen für das Reich, also rettungslose Pleite."

Mit unserem Antrag und vor allen Dingen dem unserer Reichstagsfraktion geben wir diesen demagogischen Burschen im Lager der Rechten Gelegenheit, Farbe zu bekennen und sich vor ihren Anhängern als Volksbetrüger zu entlarven.

Anschließend an den von uns oben gestellten Antrag wird die kommunistische

Landtagsfraktion erneut ein Arbeitsbeschaffungsprogramm einbringen

und eine steuerliche Entlastung der werktätigen Schichten durch Streichung der Offizierspensionen und Pensionskürzung für die oberen Beamten fordern. Es ist die Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter, für die weiteste Verbreitung und Bekanntmachung unserer Anträge Sorge zu tragen und ihnen durch außerparlamentarische Massenaktionen Nachdruck zu verleihen.

Fort mit der Notverordnung für Sachsen!

Die kommunistische Landtagsfraktion hat den weiteren nachstehenden Antrag eingebracht:

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

1. **Der Landtag erhebt schärfsten Protest gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930;**

die Regierung zu beauftragen:

2. **die sächsische Notverordnung über die Gemeindebiersteuer, Bürgersteuer und Gemeindegetränkesteuer (Gemeindesteuernotverordnung) nicht durchzuführen;**
3. **etwaige veranlagte und auf Grund der sächsischen Notverordnung eingezogene Steuern werden rückgängig gemacht bzw. zurückgezahlt.**

Dresden, am 24. September 1930.

Renner

u. die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Die Schande der SPD-Führer

Preußen verordnet die zwangsweise Eintreibung der Diktatursteuern

Berlin, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Die preußische Regierung des SPD-Braun hat dem Staatsrat eine dringende Vorlage über die Ausführung der Gesetze der Notverordnung zugehen lassen, die die Einführung der Gemeindebiersteuer, der Gemeindetränkesteuer und der Negersteuer zu einem zwingenden Recht macht und in Gemeinden, wo die Notverordnung nicht durchgeführt wird, eine zwangsweise Einführung durch die Regierung ermöglicht.

Hörsings Jungdo-Kumpanei für ein Zusammengehen mit Hitler

Braunschweig, 25. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung sind so weit gediehen, daß der staatsparteiliche Abgeordnete des Braunschweigischen Landtags, ein Jungdo-Mann, sich den Nationalsozialisten gegenüber verpflichtet hat, alle Versuche zur Bildung einer großen Koalition zu sabotieren und nur eine rechtsradikale Regierung zu unterstützen. Damit dürfte eine nationalsozialistische Regierung in Braunschweig so ziemlich sicher sein. Was Herrn Hörsing nicht gehindert hat und auch weiterhin nicht hindern wird, die Reichsbannerarbeiter für ein Bündnis mit den Jungdo-Faschisten zu mißbrauchen.

Der Terror gegen die KPD-Presse setzt ein

Weil wir als einzige zum Kampf aufrufen

München, 25. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Polizeidirektion München hat unter Berufung auf den Hochverratsparagraphen des Strafgesetzbuches und des Severingschen Republikschutzgesetzes die kommunistische „Neue Zeitung" bis einschließlich 1. Oktober verboten. Das Verbot wird begründet damit, daß ein Gedicht von Georg W. Manfred über den Wahlsieg der KPD „Der Kampf beginnt" Hochverrat sei.

Verschärfung der Lage in Oesterreich

Wien, 25. September (Eig. Drahtmeldung.)

Auf Grund des deutschen Wahlergebnisses hat die österreichische Regierung des Heimwehrfaschismus, vertreten durch den Vizekanzler und Heeresminister Haugoin einen Vorstoß unternommen. Haugoin hat seinen Rücktritt erklärt, um die Regierung Schober zu zwingen, ihr faschistisches Regime zu verschärfen. Die Austromarxisten versuchen, die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie, die mit dem Korruptionsskandal bei der Bundesbahn in Zusammenhang stehen, als häuslichen Streit darzustellen und zu verkleinern, statt die Arbeiter zum Kampf gegen die drohende Verschärfung der Diktatur zu mobilisieren.

SLUB
Wir führen Wissen.